

Main-Kinzig-Bürger tragen die Hauptlast

Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart“ im Gespräch mit Vizelandrätin Susanne Simmler und Amtsleiter Edgar Kreuzer

Main-Kinzig-Kreis (re). Der Entwurf des Regionalplans Windkraft für Südhessen weist für den hessischen Teil des Naturparks Spessart 3600 Hektar als Vorranggebiete für Windkraftanlagen aus, auf denen nach Schätzungen bis zu 350 Anlagen mit einer Höhe von bis zu 200 Meter möglich wären. Dagegen stehen die Beschlüsse auf bayerischer Seite, den Bau von Anlagen auf 99,9 Prozent der Fläche auszuschließen. Damit wäre im Bayerischen Naturpark Spessart maximal eine einstellige Anzahl von Windkraftanlagen möglich. Über das Thema sprachen die BI-Vorstandsmitglieder Rolf Zimmermann und Berthold Andres mit Susanne Simmler, Vorsitzende des Vorstands des Zweckverbands Naturpark Hessischer Spessart und Erste Kreisbeigeordnete, und Edgar Kreuzer, Leiter des Amts für Umwelt, Naturschutz und ländlichen Raum im Main-Kinzig-Kreis.

BI-Vorstand Berthold Andres lehnt Windkraftanlagen im Gebiet des Naturparks ab. Für ihn stehen der Schutz der Natur und der Erholungswert für die Bürger im Vordergrund. Edgar Kreuzer verwies auf den unterschiedlichen Status der beiden Teile des Naturparks, denn im Gegensatz zum bayerischen Spessart sei der hessische Teil kein Landschaftsschutzgebiet. Susanne Simmler unterstrich,

dass die von der BI angeführte Zahl von 350 Anlagen auf einer rein rechnerischen Grundlage basiere. Der Kreistag habe in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans bereits eine Vielzahl von Flächen für die Nutzung von Windkraft abgelehnt. Allerdings sei das Sankt-Florians-Prinzip keine geeignete Grundlage für eine verantwortungsvolle Politik. BI-Vorstand Rolf Zimmermann



Im Gespräch (von links): Edgar Kreuzer, Rolf Zimmermann, Susanne Simmler und Berthold Andres. (Foto: re)

befürchtet bei einem massiven Ausbau der Windkraft rund um Biebergemünd und Flörsbachtal einen Verfall der Immobilienpreise und eine Beschleunigung des durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Wegzugs insbesondere jüngerer Einwohner. Simmler hob hervor, dass in Jossgrund und

Flörsbachtal die von den Bürgern gewählten Gemeindevertreter den geplanten Bau von Windkraftanlagen legitimiert hätten. Dieses Votum gelte es ebenso zu akzeptieren wie die Entscheidung der Linsengerichter Bürger, den Bau von Anlagen im Gemeindegebiet abzulehnen. Die aktuelle Ver-

teilung von Windkraftanlagen in Südhessen stieß dagegen bei allen auf Unverständnis. Mit etwa der Hälfte aller in Betrieb genommenen oder geplanten Windkraftanlagen tragen die Bürger des Main-Kinzig-Kreises zurzeit die Hauptlast aller Landkreise des RP Südhessen. Im Gegensatz zum Main-Kinzig-Kreis, der den Bau von Windkraftanlagen nicht von vornherein ablehne, hielten sich andere Landkreise vornehm zurück. Nach aktuellen Veröffentlichungen des RP Darmstadt sind im windreicheren Hochtaunuskreis nur einige wenige Anlagen in Bau oder Planung. Simmler sicherte zu, diesen Widerspruch in die politischen Gremien zu tragen und auf eine gerechte Aufteilung der Lasten der Energiewende auf alle Landkreise in Südhessen zu pochen.

Einig waren sich alle Beteiligten, dass sich eine von allen

Bürgern getragene Energie-wende nicht alleine auf den Bau von Windkraftanlagen beschränken könne. BI-Vorstand Andres sagte, dass 2013 trotz Subventionen von über 20 Milliarden Euro nur 2 Prozent des Primärenergieverbrauchs in Deutschland durch Solar- und Windkraftanlagen erzeugt worden seien. Ohne eine Reduzierung des Verbrauchs von fossilen Energieträgern für Mobilität und Wärmezeugung im privaten Sektor lasse sich eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 nicht erreichen.

Vereinbart wurde, sich an die Bundesregierung zu wenden mit dem Ziel, die energetische Sanierung von Wohneigentum in den nächsten Jahren stärker zu fördern. Der jüngst verfasste Beschluss der Regierung, entsprechende Maßnahmen auf Eis zu legen, müsse zurückgenommen werden.

15
30.04.2015
2 NG